

BGB Allgemeiner Teil

Wertenbruch

6. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-81170-8
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Lernbücher Jura
BGB Allgemeiner Teil
Johannes Wertenbruch

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, lowercase, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three small, solid orange circles of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, uppercase, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

BGB Allgemeiner Teil

von

Dr. Johannes Wertenbruch

o. Professor an der Universität Marburg

6., aktualisierte und überarbeitete Auflage 2024


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


C.H.BECK

Zitiervorschlag: Wertenbruch BGB AT § ... Rn. ...

beck-shop.de
beck.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 406 81170 8
ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 81171 5

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Fotosatz Buck
Zweikirchener Straße 7, 84036 Kumhausen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen

Vorwort

Aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung des Rechts- und Geschäftsverkehrs sind der gelbe Postbriefkasten und der Hausbriefkasten nicht mehr die dominierenden Koordinaten des Weges einer privatrechtlichen Willenserklärung von der Abgabe durch den Erklärenden bis zum Wirksamwerden durch Zugang beim Adressaten. Die einschlägigen, überwiegend seit dem Inkrafttreten des BGB am 1.1.1900 unveränderten Vorschriften des Allgemeinen Teils können zwar aufgrund ihrer abstrakten Formulierung mit dieser Entwicklung grundsätzlich Schritt halten. Die veränderten Geschäfts- und Lebensgewohnheiten sowie die Zunahme des automatisierten „Nonstop-24/7-Business“ erfordern aber bei der Rechtsanwendung neue Antworten; beispielsweise auf die Frage, wann die elektronische Willenserklärung in den Bereich des Empfängers gelangt und dort nach gewöhnlichen Umständen mit einer Kenntnisaufnahme zu rechnen ist. Zentrale Bedeutung für das Vertragsrecht hat der im System des BGB vor die Klammer gezogene Allgemeine Teil auch insoweit, als der hier definierte Status des Privatrechtssubjekts als Unternehmer oder Verbraucher insbesondere die auf umgesetzten EU-Richtlinien beruhenden Rechte und Pflichten prägt. Die Transformation der Energiesysteme auf dem Weg zur Klimaneutralität und die dafür entwickelten technischen Anlagen bringen in zivilrechtlicher Hinsicht Bewegung in die ebenfalls im Allgemeinen Teil geregelten und vor allem für das BGB-Sachenrecht bedeutsamen Legaldefinitionen des wesentlichen Bestandteils einer Sache, des Gebäudes, des Scheinbestandteils und des Zubehörs. So musste sich der BGH jüngst in einem Rechtsstreit über die Zuordnung des Eigentums an Sachen mit der Frage befassen, ob eine Freiland-Photovoltaikanlage ein Gebäude im Sinne des BGB darstellt. Die seit Erscheinen der 5. Auflage ergangene Rechtsprechung hat auch in anderen Bereichen des Lehrbuchs größere Veränderungen veranlasst. Das Gleiche gilt für das am 1.1.2024 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG) einschließlich seiner Auswirkungen auf das BGB-Vereinsrecht. Das MoPeG reiht die Außen-GbR endgültig in die Phalanx der rechtsfähigen Subjekte ein und eliminiert den nicht rechtsfähigen Verein als Begriffskategorie des Allgemeinen Teils.

Für vielfältige Recherchen und Korrekturen danke ich meinen wissenschaftlichen Mitarbeitern Sebastian Alm und Konstantin Döring sowie meinen studentischen Hilfskräften Svenja Böhm, Sandra Gronewold, Leon Hilke, Melina Swiety und Moritz Thormann. Für die Unterstützung bei

der Organisation der 6. Auflage danke ich meiner Sekretärin Anna Sauer sowie Sara Abozamel und Eva Schernau. Für die Lektorierung des Manuskripts im Verlag C.H. Beck sowie für die Organisation von Satz und Druck bedanke ich mich auch diesmal bei Herrn Dr. Klaus Winkler und Frau Bettina Miszler. Kritik und Anregungen können gerne wieder an wertenbr@jura.uni-marburg.de geschickt werden.

Marburg, im Juni 2024

Johannes Wertenbruch



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXIX

Kapitel 1. Entstehung und Systematik des BGB

§1. Historische Grundlagen und Entstehung des BGB.....	1
I. Die Bedeutung der historischen Grundlagen für die Fortentwicklung des BGB	1
II. Der Kodifikationsstreit und die Privatrechtsentwicklung im 19. Jahrhundert.	2
III. Von der lex Miquel-Lasker bis zum BGB	3
IV. Die Materialien zum BGB und seiner Reformen als Auslegungsgrundlage	4
V. Einfluss des Europarechts	5
§2. Die Systematik des BGB	7
§3. Trennungsprinzip und Abstraktionsprinzip	9
I. Das Trennungsprinzip	9
II. Abstraktionsprinzip und Fehleridentität (Doppelmangel)	9
1. Grundsatz	9
2. Rechtliche Tragweite des Abstraktionsprinzips im Verhältnis zu Dritten	10
3. Fehleridentität (Doppelmangel)	10
III. Zusammenfassung	11

Kapitel 2. Rechtsfähigkeit, Rechtssubjekte und Objekte

§4. Grundlagen	13
I. Die Rechtsfähigkeit.	13
1. Begriff und historische Entwicklung	13
2. Natürliche Person	13

3.	Juristische Person und rechtsfähige Personengesellschaft . . .	16
4.	Rechtsfähigkeit und Geschäftsfähigkeit	17
5.	Parteifähigkeit und Prozessfähigkeit	18
II.	Namensrecht (§ 12 BGB)	18
III.	Unternehmer, Verbraucher und Kaufleute	20
1.	Abgrenzungsgrundlagen und Rechtsfolgen	20
2.	Maßgeblichkeit der objektiven Zweckrichtung des konkreten Rechtsgeschäfts	22
3.	Einordnung von „dual use“-Geschäften	24
4.	Die umstrittene Verbraucherstellung der Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	26
IV.	Sachen und ihre Bestandteile	28
1.	Bewegliche und unbewegliche Sachen	28
2.	Waren iSd § 241a BGB	28
3.	<i>Res extra commercium</i> und öffentliche Sachen	29
4.	Wesentliche Bestandteile einer Sache nach § 93 BGB	30
5.	Wesentliche Bestandteile von Grundstücken und Gebäu- den nach § 94 BGB	33
6.	Scheinbestandteile (§ 95 BGB)	35
7.	Zubehör (§ 97 BGB)	37
8.	Vertretbare und verbrauchbare Sachen	39
9.	Tiere (§ 90a BGB)	40
10.	Früchte und Nutzungen	41
V.	Zusammenfassung und Kontrollfragen	44
1.	Zusammenfassung	44
2.	Kontrollfragen	45
§ 5.	Der Verein	46
I.	Das Recht des eingetragenen Vereins	46
1.	Erlangung der Rechtsfähigkeit (§ 21 BGB)	46
2.	Die Vertretung des eingetragenen Vereins	47
3.	Haftung des Vereins für Organverschulden (§ 31 BGB) . . .	49
4.	Haftung von Organmitgliedern (insbesondere Vorständen und besonderen Vertretern (§ 31a BGB))	50
5.	Haftung von Vereinsmitgliedern	51
6.	Die Willensbildung im Verein	51
II.	Das Recht des nicht eingetragenen Vereins ohne Rechtspersönlichkeit (§ 54 BGB)	53
1.	Die Verweisung des § 54 Abs. 1 S. 1 BGB auf das Recht des eingetragenen Vereins mit Rechtspersönlichkeit	53

2. Der nicht eingetragene wirtschaftliche Verein ohne Rechtspersönlichkeit (§ 54 Abs. 1 S. 2 BGB)	54
3. Die Handelndenhaftung gem. § 54 Abs. 2 BGB beim nicht eingetragenen Verein ohne Rechtspersönlichkeit	54
III. Zusammenfassung und Kontrollfragen	54
1. Zusammenfassung	54
2. Kontrollfragen	55

Kapitel 3. Die Willenserklärung

§ 6. Der Tatbestand der Willenserklärung	57
I. Die historischen Grundlagen	57
II. Die Begriffe Willenserklärung und Rechtsgeschäft	58
1. Unterschied zwischen Willenserklärung und Rechtsgeschäft	58
2. Willenserklärung mit Realakt als Rechtsgeschäft	58
3. Eine Willenserklärung als Rechtsgeschäft	59
III. Die Voraussetzungen der Willenserklärung	59
1. Unterscheidung zwischen äußerem und innerem Tatbestand	59
2. Der innere Tatbestand der Willenserklärung	60
IV. Abgrenzung zwischen Rechtsbindung und nicht rechtlichen Vereinbarungen (insbesondere Gefälligkeiten)	65
V. Freibleibende „Angebote“	69
VI. Angebot mit Selbstbelieferungsvorbehalt	70
VII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	71
1. Zusammenfassung	71
2. Gutachtenaufbau	72
3. Kontrollfragen	73
§ 7. Scheingeschäft, geheimer Vorbehalt und Scherzerklärung	73
I. Das Scheingeschäft (§ 117 BGB)	73
1. Begriff und Geschichte des Scheingeschäfts	73
2. Die Anwendung des § 117 BGB	73
II. Der geheime Vorbehalt (Mentalreservation)	75
1. Tatbestand und Entstehung des § 116 S. 1 BGB	75
2. Der erkannte geheime Vorbehalt (§ 116 S. 2 BGB)	76
3. Die nicht empfangsbedürftige Willenserklärung in Mentalreservation	78
4. Mehrere Erklärungsempfänger	79

III. Die nicht ernst gemeinte Erklärung – Scherzerklärung (§ 118 BGB)	79
1. Begriff und Geschichte der Scherzerklärung	79
2. Die Anwendung des § 118 BGB	80
3. Das „mislungene“ Scheingeschäft	82
4. Die „Schmerzerklärung“	82
IV. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	84
1. Zusammenfassung	84
2. Gutachtenaufbau	84
3. Kontrollfragen	85
§ 8. Abgabe und Zugang von Willenserklärungen	85
I. Die historischen Grundlagen des § 130 BGB	85
II. Richtige Abgabe der Erklärung als Zugangsvoraussetzung . . .	86
1. Das In-den-Verkehr-Bringen der Erklärung	86
2. Abgabe gegenüber einem falschen Adressaten mit anschließender Weiterleitung an den richtigen Adressaten	87
3. In-den-Verkehr-Bringen der Erklärung durch einen Unbefugten	88
III. Der Zugang – Grundlagen	89
1. Allgemeine Definition – Geltung auch im digitalen Rechtsverkehr	89
2. Bereich des Empfängers bei elektronischen Erklärungen und Zulässigkeit der Übermittlungsart	89
IV. Der Zeitpunkt des Zugangs	90
1. Die „gewöhnlichen Umstände“ als maßgebliches Kriterium – Grundlagen	90
2. Bestimmung des Zugangszeitpunkts bei Briefzustellungen	91
3. Zeitpunkt des Zugangs bei Einschreiben	93
4. Zugangszeitpunkt bei digitalen Willenserklärungen	94
V. Abgabe und Zugang bei anwesenden Adressaten	98
VI. Abgabe und Zugang mündlicher Erklärungen	100
1. Vernehmungstheorie – Grundsätze	100
2. Anderes Sprachverständnis des Empfängers mündlicher Erklärungen	102
VII. Widerruf der Willenserklärung vor Zugang (§ 130 Abs. 1 S. 2 BGB)	102
1. Allgemeines	102
2. Frühere Kenntnisnahme des späteren Widerrufs	103
3. Tatsächliche Kenntnis vor Zugang und Widerruf	104

VIII. Zugangsstörungen	104
1. Unterscheidung zwischen zurechenbarer Zugangsverzögerung und arglistiger Zugangsvereitelung	104
2. Zurechenbare Zugangsverzögerung	105
3. Arglistige Zugangsvereitelung	106
4. Temporäre Abwesenheit des Adressaten	107
5. Unzureichende Sprachkenntnisse des Empfängers	107
IX. Empfangsvertreter und Empfangsbote	109
1. Empfangsvertreter	109
2. Empfangsbote	109
X. Tod oder Geschäftsunfähigkeit des Erklärenden nach Abgabe der Willenserklärung	112
1. Regelung des § 130 Abs. 2 BGB	112
2. Annahmefähigkeit eines Angebots nach § 153 BGB	113
XI. Fehlende Geschäftsfähigkeit oder Tod des Empfängers	113
1. Fehlende volle Geschäftsfähigkeit des Empfängers	113
2. Beschränkte Geschäftsfähigkeit des Empfängers	115
3. Tod des Adressaten	115
XII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	116
1. Zusammenfassung	116
2. Gutachtenaufbau	116
3. Kontrollfragen	117
§ 9. Die Auslegung einer Willenserklärung	118
I. Die Regelungen der §§ 133, 157 BGB	118
1. Objektiver Empfängerhorizont und Auslegungskriterien	118
2. Auslegung von Willenserklärungen bei Internetgeschäften	119
3. Auslegung mündlicher Erklärungen – falsches Sprachverständnis	123
4. Vermögensschutz als Zweck eines Vertrags	124
II. Die „falsa demonstratio“	125
1. Historische Grundlagen und „Haakjöringsköd“	125
2. „Falsa demonstratio“ bei einseitig missverstandenen Begriffen und Chiffrierungen	126
3. Einseitiges Erkennen einer Falschbezeichnung der anderen Partei	128
4. „Falsa demonstratio“ bei formgebundenen Rechtsgeschäften	129

III. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	132
1. Zusammenfassung	132
2. Gutachtenaufbau	133
3. Kontrollfragen	133
Kapitel 4. Der Vertrag	
§ 10. Vertragsschluss und Dissens	135
I. Übereinstimmende Willenserklärungen (Konsens)	135
1. Historische Grundlagen des Vertrags als Konsens	135
2. Die allgemeinen Voraussetzungen des Vertrags	135
3. Essentialia und accidentalia negotii	136
II. Vertrag und unvollkommene Verbindlichkeit (Naturalobligation)	137
1. Fehlende Anspruchs begründung	137
2. Dogmatische Einordnung der Naturalobligation	137
III. Annahmefristen und verspätete Annahmeerklärungen	138
1. Gesetzliche Regelungen	138
2. Annahmefrist bei Angebot gegenüber einem Anwesenden (§ 147 Abs. 1 BGB)	139
3. Annahmefrist bei Angebot gegenüber einem Abwesenden (§ 147 Abs. 2 BGB)	139
4. Verspäteter Zugang und rechtzeitige Abgabe der Annahmeerklärung (§ 149 BGB)	140
IV. Modifizierende Annahme (§ 150 Abs. 2 BGB)	141
1. Grundlagen	141
2. Abgrenzung zwischen erweiternder Annahme und Angebot für zweiten Vertrag	141
3. Unbeachtlichkeit „verheimlichter Abweichungen“ der Annahmeerklärung	142
V. Konkludente Annahme eines Angebots	143
1. Der Anwendungsbereich des § 151 BGB	143
2. Konkludenter Vertragsschluss „außerhalb“ des § 151 BGB	144
VI. „Faktische Verträge“	148
VII. Protestatio facto contraria	149
1. Begriff	149
2. Rechtsfolgen der „Protestatio“	149
VIII. Vertragsschluss via Internet	152
1. Automatisierte Bestell- und Buchungssysteme	152

2. Vertragsschluss bei Internetauktionen	154
3. Die Optionen „Sofort-Kaufen“ und „Preis vorschlagen“ . .	164
IX. Vertragsschluss bei sogenannten Kreuzofferten	166
X. Dissens	167
1. Der versteckte Dissens	167
2. Abgrenzung zwischen verstecktem Dissens und Inhaltsirrtum	168
XI. Das kaufmännische Bestätigungsschreiben	169
1. Abgrenzung zur Auftragsbestätigung	169
2. Dogmatische Einordnung und Rechtsfolgen	169
3. Die Voraussetzungen eines kaufmännischen Bestätigungsschreibens	170
4. Widerspruch und sich kreuzende Bestätigungsschreiben . .	171
XII. Angebotsannahme durch Schweigen	172
1. Nichtvorliegen einer Willenserklärung als Grundsatz	172
2. Schweigen als Willenserklärung (beredtes Schweigen) . . .	172
3. Schweigen bei mündlichen Vertragsverhandlungen	173
4. Annahmewirkung kraft Gesetzes – insbesondere § 362 HGB	174
5. Erklärungsbewusstsein beim Schweigen mit Zustimmungswirkung	176
XIII. Zusammenfassung, Gutachtaufbau und Kontrollfragen	177
1. Zusammenfassung	177
2. Gutachtaufbau	179
3. Kontrollfragen	180
§ 11. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen	180
I. Die Gesetzessystematik	180
II. Rechtsnatur und Funktion der AGB	180
III. Der AGB-Begriff des § 305 BGB	181
1. Vorformulierte Bedingungen	181
2. Vielzahl von Verträgen	182
3. Das „Stellen“ der Bedingungen	183
4. Die Sonderstellung der Plattformbetreiber-AGB (insbesondere eBay-AGB)	184
5. Die Individualvereinbarung	184
IV. Die Einbeziehung von AGB (§ 305 Abs. 2 BGB)	186
1. Ausdrücklicher Hinweis	186
2. Deutschsprachige AGB bei ausländischen Vertragspartnern	186
3. Hinweis durch Aushang oder Internetlink	187

V. Vorrang der Individualabrede (§ 305b BGB)	189
VI. Kollidierende AGB der Parteien	189
VII. Überraschende und mehrdeutige Klauseln (§ 305c BGB)	191
VIII. Einbeziehung von AGB bei Verwendung gegenüber Unternehmern (§ 310 Abs. 1 BGB)	192
IX. Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung von AGB (§ 306 BGB)	193
X. Die Systematik der AGB-Inhaltskontrolle	193
1. Die Regelung des § 307 BGB	193
2. Die speziellen Verbote der §§ 308, 309 BGB	194
XI. Die Rechtsfolgen einer unwirksamen AGB-Klausel	195
1. Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen	195
2. Ausschluss einer geltungserhaltenden Reduktion	196
XII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	197
1. Zusammenfassung	197
2. Gutachtenaufbau	198
3. Kontrollfragen	199

Kapitel 5. Die Anfechtung des Rechtsgeschäfts

§ 12. Die Irrtumsanfechtung	201
I. Die dogmatische Einordnung der §§ 119 ff. BGB	201
1. Willenstheorie und Erklärungstheorie	201
2. Die Kompromisslösung des BGB-Gesetzgebers	201
II. Die einzelnen Anfechtungstatbestände	202
1. Der Erklärungsirrtum	202
2. Der Inhaltsirrtum	206
3. Der Rechtsfolgenirrtum	209
4. Der Kalkulationsirrtum (Berechnungsirrtum)	209
5. Anfechtung bei Schweigen als Erklärungshandlung	214
6. Der Eigenschaftsirrtum (§ 119 Abs. 2 BGB)	214
III. Die Anfechtungserklärung (§ 143 BGB)	223
1. Notwendige Bestandteile der Anfechtungserklärung	223
2. Richtiger Adressat der Anfechtungserklärung (Anfechtungsgegner)	225
3. Die Eventualanfechtung	225
IV. Die Anfechtungsfrist (§ 121 BGB)	226

V. Die Rechtsfolgen der Anfechtung	227
1. Die Nichtigkeit <i>ex tunc</i>	227
2. Fehleridentität (Doppelmangel)	227
3. Rechtsfolgen einer Kenntnis der Anfechtbarkeit (§ 142 Abs. 2 BGB)	229
VI. Die Anfechtung nichtiger Rechtsgeschäfte – „Doppelwirkungen“	231
VII. Der Ersatz des Vertrauensschadens (§ 122 BGB)	232
§ 13. Die Anfechtung wegen Täuschung oder Drohung (§ 123 BGB)	234
I. Historische Grundlagen	234
II. Die arglistige Täuschung	234
III. Täuschung durch einen Dritten	235
IV. Die widerrechtliche Drohung	236
1. Die Voraussetzungen einer widerrechtlichen Drohung	236
2. Verhältnis zwischen widerrechtlicher Drohung iSd § 123 Abs. 1 Alt. 2 BGB und Sittenwidrigkeit nach § 138 Abs. 1 BGB	237
V. Verhältnis zwischen § 123 BGB und culpa in contrahendo	238
VI. Verhältnis zwischen § 123 BGB und kaufrechtlicher Gewährleistung sowie § 823 BGB	240
VII. Rechtsfolgen der Anfechtung nach § 123 Abs. 1 BGB – Abstraktionsprinzip	241
§ 14. Anfechtung wegen unrichtiger Übermittlung (§ 120 BGB)	242
I. Die Entstehungsgeschichte des § 120 BGB – Kölner Telegraphen-Fall von 1856	242
II. Versehentliche Falschübermittlung	243
III. Vorsätzliche Falschübermittlung durch Boten	244
1. Meinungsstand	244
2. Ablehnung der Zurechnung	245
3. Die Haftung des arglistigen Boten analog § 179 BGB	245
IV. Der Bote „ohne Auftrag“ (Pseudobote)	246

§ 15. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen zur Anfechtung	247
I. Zusammenfassung	247
II. Gutachtenaufbau	249
III. Kontrollfragen	251

Kapitel 6. Wirksamkeit und Form des Rechtsgeschäfts

§ 16. Die Form des Rechtsgeschäfts	253
I. Grundsatz der Formfreiheit	253
II. Die Systematik der Formvorschriften	253
III. Der Zweck der Formvorschriften	255
IV. Die Voraussetzungen der einzelnen Formtypen	256
1. Die Schriftform (§ 126 BGB)	256
2. Die elektronische Form (§ 126a BGB)	262
3. Die Textform (§ 126b BGB)	264
4. Die notarielle Beurkundung (§ 128 BGB)	265
V. Entbehrlichkeit der Form nach Treu und Glauben (§ 242 BGB)	267
VI. Heilung eines Formmangels	269
VII. Formerfordernis kraft Vereinbarung – Rechtsfolgen	270
VIII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	271
1. Zusammenfassung	271
2. Gutachtenaufbau	272
3. Kontrollfragen	272
§ 17. Die Geschäftsfähigkeit	273
I. Historische Entwicklung	273
II. Die gesetzliche Systematik	274
III. Die sogenannte relative Geschäftsunfähigkeit	275
IV. Beschränkte Geschäftsfähigkeit	276
1. Rechtlich vorteilhafte Geschäfte (§ 107 BGB)	276
2. Der sog. Taschengeldparagraf (§ 110 BGB)	280
3. Schwebende Unwirksamkeit und Genehmigung	283
4. Einseitige Rechtsgeschäfte eines beschränkt Geschäftsfähigen (§ 111 BGB)	284

V. Vorübergehende Störung der Geistestätigkeit und Geschäftsunfähigkeit	286
VI. Erfüllung gegenüber einer nicht voll geschäftsfähigen Person	287
VII. Sonderregelung des § 105a BGB für volljährige Geschäftsunfähige	288
1. Dogmatische Einordnung	288
2. Geringfügige Mittel und Ausschluss nach § 105a S.2 BGB	289
VIII. Partielle Geschäftsfähigkeit (§§ 112, 113 BGB)	290
1. Selbständiger Betrieb eines Erwerbsgeschäfts	290
2. Eingehung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses	291
IX. Der Einwilligungsvorbehalt für betreute Erwachsene (§ 1825 Abs.1 BGB)	292
X. Das Abstraktionsprinzip bei Geschäften beschränkt Geschäftsfähiger	294
XI. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	294
1. Zusammenfassung	294
2. Gutachtenaufbau	295
3. Kontrollfragen	296
§ 18. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134 BGB)	297
I. Die historischen Grundlagen	297
II. Die gesetzlichen Verbote	297
III. Die Nichtigkeitsfolge	298
1. Grundsätze	298
2. Nichtigkeit im Ganzen – insbesondere Schwarzarbeits- verträge	298
IV. Nichtigkeit von Verpflichtungs- und Erfüllungsgeschäft	300
§ 19. Sittenwidrigkeit (§ 138 BGB)	301
I. Die Regelung des § 138 BGB	301
II. Das Tatbestandsmerkmal „gute Sitten“ – Grundlagen	302
III. Grobes Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung	302
IV. Knebelungsverträge	304
V. Verstoß gegen geschützte Interessen der Allgemeinheit	305
VI. Sittenwidrige Vereinbarungen im Bereich von Ehe und Familie	306

VII. Verträge über Leistungen sexueller Art	308
VIII. Die Schädigung Dritter	308
IX. Das Wuchergeschäft (§ 138 Abs. 2 BGB)	309
X. Rechtsfolgen der Sittenwidrigkeit	311
1. Grundsätze	311
2. Fehleridentität (Doppelmangel)	312
XI. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	313
1. Zusammenfassung	313
2. Gutachtenaufbau	314
3. Kontrollfragen	314
§ 20. Die Teilnichtigkeit (§ 139 BGB)	314
I. Historische Grundlagen und Entstehung des § 139 BGB	314
II. Der Tatbestand des § 139 BGB	315
III. Der mutmaßliche Parteiwille	316
IV. Verhältnis zwischen § 139 BGB und dem Abstraktionsprinzip	316
§ 21. Umdeutung (Konversion) unwirksamer Rechtsgeschäfte (§ 140 BGB)	317
I. Grundlagen	317
II. Familien- und erbrechtliche Gestaltungen	318
III. Schuld- und sachenrechtliche Gestaltungen	320
§ 22. Bestätigung eines nichtigen oder anfechtbaren Rechtsgeschäfts	320
I. Bestätigung eines nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141 BGB)	320
1. Der Tatbestand des § 141 BGB	320
2. Abgrenzung zwischen Bestätigung und Heilung	321
II. Bestätigung eines anfechtbaren Rechtsgeschäfts (§ 144 BGB)	322
1. Unterschied zwischen § 141 BGB und § 144 BGB	322
2. Die Voraussetzungen des § 144 BGB	322
III. Zusammenfassung	324
§ 23. Verfügungsverbote (§§ 135–137 BGB)	324
I. Rechtsgeschäftliche Verfügungsverbote (§ 137 BGB)	324
II. Gesetzliche und behördliche (gerichtliche) Verfügungsverbote (§§ 135, 136 BGB)	325

§ 24. Die Zustimmung (§§ 182 ff. BGB)	328
I. Zustimmung, Einwilligung und Genehmigung – Grundlagen	328
II. Zustimmungsbedürftigkeit kraft Gesetzes	329
1. Gesetzliche Anordnung	329
2. Zustimmungserfordernisse des BGB	329
III. Die Zustimmungserklärung	330
1. Konkludente Erklärung	330
2. Grundsatz der Formfreiheit	330
IV. Adressat der Zustimmungserklärung	331
V. Die Verweigerung der Zustimmung	331
VI. Zustimmung zu einseitigen Rechtsgeschäften	332
VII. Widerruf der Einwilligung (§ 183 BGB)	333
VIII. Rückwirkung der Genehmigung	335
1. Genehmigungsfrist	335
2. Rückwirkung bei einseitigen Rechtsgeschäften	336
3. Verzugsseintritt und Verjährungsbeginn	336
4. Zwischenverfügungen	337
IX. Die Ermächtigung (§ 185 BGB)	338
1. Berechtigung und Ermächtigung	338
2. Die Verkaufskommission	339
3. Der verlängerte Eigentumsvorbehalt	339
4. Fehlende Verfügungsbefugnis des Rechtsinhabers	340
X. Wirksamwerden der Verfügung eines Nichtberechtigten (§ 185 Abs. 2 BGB)	340
1. Genehmigung nach § 185 Abs. 2 S. 1 Alt. 1 BGB	340
2. Erwerb des Gegenstands durch den Verfügenden (§ 185 Abs. 2 S. 1 Alt. 2 BGB)	341
3. Beerbung des Nichtberechtigten (§ 185 Abs. 2 S. 1 Alt. 3 BGB)	342
4. Prioritätsprinzip bei mehreren Verfügungen eines Nichtberechtigten (§ 185 Abs. 2 S. 2 BGB)	342
XI. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	343
1. Zusammenfassung	343
2. Gutachtenaufbau	344
3. Kontrollfragen	344

Kapitel 7. Bedingung und Befristung

§25. Die Bedingung	345
I. Historische Grundlagen	345
II. Aufschiebende und auflösende Bedingung (§ 158 BGB)	345
1. Grundbegriffe	345
2. Vereinbarung einer schon eingetretenen Bedingung	346
3. Die Potestativbedingung	346
4. Beendigung des Schwebezustands bei Potestativbedingungen	348
5. Bedingungsfeindliche Gestaltungsrechte	348
6. Geschäftsunfähigkeit vor Bedingungseintritt	349
7. Schuldrechtliche Rückwirkung (§ 159 BGB)	350
III. Rückabwicklung bei Eintritt einer auflösenden Bedingung ..	350
IV. Treuwidrige Verhinderung oder Herbeiführung einer Bedingung (§ 162 BGB)	351
V. Haftung während der Schwebezeit (§ 160 BGB)	352
1. Bedingte Verpflichtungsgeschäfte	352
2. Bedingte Verfügungsgeschäfte	352
VI. Schutz bei Zwischenverfügungen (§ 161 BGB) – Anwartschaftsrecht	353
1. Der Tatbestand des § 161 Abs. 1 BGB	353
2. Gutgläubiger Erwerb	353
3. Zwischenverfügungen über Forderungen	355
4. Gutgläubiger Erwerb bei bedingter Übereignung	355
VII. Der einseitige Verzicht auf eine Bedingung	356
VIII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	357
1. Zusammenfassung	357
2. Gutachtenaufbau	358
3. Kontrollfragen	358
§26. Die Befristung (§ 163 BGB)	358
I. Allgemeines	358
II. Abgrenzung zwischen Bedingung und Befristung	359
§27. Fristen, Termine und Zeitrechnung	359
I. Anwendungsbereich der §§ 187 ff. BGB	359
II. Der Gregorianische Kalender – Definitionen	359

III. Fristbeginn und Fristende (§§ 187, 188 BGB)	360
1. Der Fristbeginn	360
2. Das Fristende	361

Kapitel 8. Die Stellvertretung

§28. Der Tatbestand des § 164 BGB	363
I. Die historische Entwicklung des Vertretungsrechts	363
II. Grundlagen der Stellvertretung	363
1. Begriffe des Vertretungsrechts	363
2. Die Zurechnungsvoraussetzungen des § 164 BGB im Überblick	364
III. Der Offenkundigkeitsgrundsatz	365
1. Grundlagen – Abgrenzung zwischen Vertreter und Bote	365
2. Unternehmensbezogene Rechtsgeschäfte (§ 164 Abs. 1 S. 2 BGB)	366
3. Das sogenannte Geschäft für den, den es angeht	367
IV. Handeln <i>unter</i> fremdem Namen	368
1. Grundsätze	368
2. Geschäft des wahren Namensträgers	369
V. Irrtümliches Auftreten des Vertreters im eigenen oder fremden Namen	370
VI. Die Vertretungsmacht	371
1. Der gesetzliche Vertreter	371
2. Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht nach BGB und HGB – Überblick	373
VII. Missbrauch der Vertretungsmacht	375
1. Können und Dürfen des Vertreters – Trennung zwischen Innenverhältnis und Außenverhältnis	375
2. Grundsatz der Unbeachtlichkeit des Missbrauchs – Ausnahme	375
3. Sittenwidrigkeit nach § 138 BGB wegen Vorliegens eines kollusiven Zusammenwirkens – Fallgruppe 1	376
4. Objektive Evidenz des Missbrauchs der Vertretungsmacht – Fallgruppe 2	376
5. Missbrauch der Vertretungsmacht beim Insihgeschäft iSd § 181 BGB	377
VIII. Vertretung ohne Vertretungsmacht	379

§ 29. Das Recht der Vollmacht (§§ 167 ff. BGB)	380
I. Innen- und Außenvollmacht	380
II. Formfreiheit der Vollmacht (§ 167 Abs. 2 BGB)	381
III. Generalvollmacht	382
IV. Untervollmacht	383
V. Vollmacht und Abstraktionsprinzip – Fehleridentität	384
VI. Duldungsvollmacht	386
VII. Widerruf und Erlöschen der Vollmacht	390
1. Widerruf durch Willenserklärung	390
2. Erlöschen des zugrundeliegenden Rechtsverhältnisses	390
3. Verzicht des Bevollmächtigten auf die Vollmacht	391
4. Tod des Bevollmächtigten	391
5. Tod des Vollmachtgebers	392
6. Fiktion des Fortbestehens im Auftragsrecht	392
§ 30. Die Anfechtung der Vollmacht	392
§ 31. Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins	395
I. Rechtsscheinhaftung nach den §§ 170 ff. BGB	395
1. Fortdauer einer Außenvollmacht (§ 170 BGB)	395
2. Anwendung des § 170 BGB bei unwirksamer externer Vollmacht?	396
3. Kundgabe einer Innenvollmacht (§ 171 BGB)	397
4. Widerruf nach § 171 Abs. 2 BGB und Ausschluss nach § 173 BGB	398
5. Rechtsscheinhaftung bei Vollmachtsurkunden (§ 172 BGB)	398
II. Abredewidriges Ausfüllen einer Blanketturkunde	401
III. Anscheinsvollmacht	403
1. Dogmatische Grundlagen	403
2. Voraussetzungen	403
§ 32. Willensmängel und Wissenszurechnung nach § 166 BGB	408
I. Irrtum und Kenntnis des Vertreters (§ 166 Abs. 1 BGB)	408
II. Der Tatbestand des § 166 Abs. 2 BGB	409
III. Wissensvertreter und Wissensaufspaltung	410
1. Grundlagen	410
2. Wissenszurechnung bei juristischen Personen und Personengesellschaften	410

§ 33. Das Insichgeschäft (§ 181 BGB)	412
I. Begriff und historische Entwicklung	412
II. Der Grundtatbestand des § 181 BGB	413
III. Lediglich rechtlich vorteilhaftes Geschäft	413
IV. Befreiung von § 181 BGB – Geschäfte zwischen „Eine-Person-GmbH“ und Geschäftsführer	414
V. Insichgeschäfte einer Partei kraft Amtes	414
VI. Einschaltung eines Untervertreeters	415
VII. Rechtsfolgen	416
VIII. Insichgeschäft zum Zwecke der Erfüllung einer Verbindlichkeit	416
§ 34. Die Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht (§ 179 BGB)	418
I. Dogmatische Einordnung der Vertreterhaftung	418
II. Haftungsausschluss bei Widerruf nach § 178 BGB	419
III. Wahlrecht des anderen Teils	420
1. Dogmatische Einordnung	420
2. Bindung an die Wahl	420
3. Rechtsfolgen der Wahl des Erfüllungsanspruchs	421
4. Der Schadensersatzanspruch	422
IV. Ersatz des Vertrauensschadens nach § 179 Abs. 2 BGB	422
V. Ausschluss der Vertreterhaftung nach § 179 Abs. 3 BGB	422
§ 35. Zusammenfassung, Gutachtaufbau und Kontrollfragen zur Stellvertretung	423
I. Zusammenfassung	423
II. Gutachtaufbau	425
III. Kontrollfragen	427
 Kapitel 9. Verjährung und Ausübung von Rechten 	
§ 36. Die Verjährung	429
I. Die Systematik des Verjährungsrechts	429
II. Der Zweck der Verjährung	429

III. Die Rechtsfolge der Verjährung – Verjährungseinrede	430
1. Die Einrede des § 214 BGB im Prozess	430
2. Ausschluss der Rückforderung bei Leistung trotz Verjährung	431
3. Aufrechnung und Zurückbehaltungsrecht nach Verjährung	431
IV. Die Verjährungsfristen und ihr Beginn	432
1. Die regelmäßige Verjährungsfrist des § 195 BGB	432
2. Besondere Verjährungsfristen	433
V. Neubeginn und Hemmung der Verjährung	435
1. Der Neubeginn der Verjährung (§ 212 BGB)	435
2. Die Hemmung der Verjährung	436
VI. Parteivereinbarungen über die Verjährung	438
VII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	439
1. Zusammenfassung	439
2. Gutachtenaufbau	439
3. Kontrollfragen	439
§ 37. Ausübung und Durchsetzung von Rechten	440
I. Staatliche Durchsetzung privater Rechte nach der ZPO	440
II. Einstweiliger Rechtsschutz	440
III. Das Schikaneverbot (§ 226 BGB)	441
IV. Die Notwehr (§ 227 BGB)	442
V. Der Notstand (§§ 228, 904 BGB)	444
VI. Die Selbsthilfe (§§ 229 ff. BGB)	445
VII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	447
1. Zusammenfassung	447
2. Gutachtenaufbau	448
3. Kontrollfragen	448
Antworten zu den Kontrollfragen	449
Anhang I. Systematisches Entscheidungsregister	459
Anhang II. Probleme und Streitfragen des BGB AT	469
Anhang III. Musterklausuren mit Lösung	475
Sachverzeichnis	483